

E-Mail-Newsletter

8. Juli 2010

Liebe Mitglieder und Interessierte,

im 159. E-Mail-Newsletter können wir Ihnen das Tagungsprogramm für die Herbsttagung in Bad Boll vorstellen, die in diesem Jahr vom 24.-26.09. stattfinden wird. Außerdem haben wir für Sie, wie immer, verschiedene Meldungen aus dem Land, dem Bund, Europa sowie Infos über Herkunftsländer, wichtige Urteile und Termine zusammengestellt.

Dieser E-Mail-Newsletter ist gleichzeitig der letzte, für den ich mich verantwortlich zeige. Ich möchte mich heute von Ihnen als Mitarbeiter des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg verabschieden und mich bei Ihnen für Ihr jahrelanges Interesse, Ihre Beiträge und Ihre zahlreichen Reaktionen und Anmerkungen bedanken.

Ihr Reiner Klass

Die Themen im 159. E-Mail-Newsletter:

1. Herbsttagung in Bad Boll, 24.-26.09.2010: Flucht und Migration durch Klimawandel

In der diesjährigen Herbsttagung in der Ev. Akademie Bad Boll, die vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg mitveranstaltet wird, wird es um Klimaflüchtlinge sowie die Auswirkungen des Klimawandels für die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik gehen.

2. Berichte aus den Regionen

Was berichten lokale Zeitungsredaktionen aus Baden-Württemberg über die Asylarbeit vor Ort?

3. Aus dem Bundestag

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Bilanz der Bleiberechtsregelungen zum 31.03.2010

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Auswirkungen der Residenzpflicht für Asylsuchende

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Abschiebungen insbesondere von Roma ins Kosovo

Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zu Abschiebungen von Minderheitsangehörigen ins Kosovo

Antrag der Grünen: Besserstellung von Flüchtlingen unter 18 Jahren

4. Quälendes Warten - wie Abschiebungshaft Menschen krank macht

Eine Studie des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes zur Situation in der Abschiebungshaft.

5. BAMF-Bescheid: Abschiebungsverbot (§60 Abs. 7 AufenthG) für alleinerz. Mutter (Ashkali) aus dem Kosovo

Angehörige der Minderheiten der Roma und Ashkali sind vom regulären Arbeitsmarkt im Kosovo praktisch ausgeschlossen, die Unterstützung von NGOs ist sehr begrenzt und die Antragstellerin wäre als alleinerziehende Mutter (Ashkali) bei einer Rückkehr in den Kosovo in besonderer Weise von Diskriminierung betroffen.

6. Bundesverwaltungsgericht: Afghanistan: Abschiebungsschutz bei nichtgesichertem Lebensunterhalt?

Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz zurückgewiesen, das den beiden alleinstehenden Männern Abschiebungsschutz gewährt hatte.

7. Kosovo

Text des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über die Übernahme und Durchbeförderung von Personen (Rückabnahmeabkommen)
Aktueller Bericht des Auswärtigen Amtes: Kosovo, Stand Mai 2010 für Rechtsanwälte und BeraterInnen.
Bericht über eine Recherchereise zur Situation der Minderheiten im Kosovo von Sebastian Ludwig, Diak.
Werk der EKD

8. Studie zur Lage der staatenlosen Kurden in Syrien

von KurdWatch

9. Pro Asyl Newsletter 159 Juni 2010

10. Ausstellung "Schau mich an"

Die Ausstellung mit 25 lebensgroßen Portrait-Aufnahmen von Schutzsuchenden in Deutschland liegt zurzeit wieder beim Flüchtlingsrat und kann für Termine im Spätsommer und Herbst unentgeltlich ausgeliehen werden

11. Termine

1. Herbsttagung in Bad Boll, 24.-26.09.2010: Flucht und Migration durch Klimawandel

Ab sofort können Sie sich zu dieser Tagung auf der Webiste der Ev. Akademie Bad Boll [anmelden](#)! Das [Programm](#) haben wir als pdf-Datei angehängt.

Es ist unumstritten, dass weltweit ein Klimawandel stattfindet. Noch nicht klar ist, wie sehr er sich auf Menschen in bestimmten Regionen auswirken wird: auf ihre Lebensbedingungen, z. B. bezogen auf die Ernährungssouveränität und den Zugang zu Wasser, auf das soziale Gefüge, auf (Ressourcen-)Konflikte bis hin zu Krieg und Vertreibung. Dies hängt zu einem erheblichen Teil von den notwendigen politischen Entscheidungen und dem verantwortlichen solidarischen Handeln von uns Menschen ab.

Absehbar und schon heute deutliche Phänomene sind die Flucht- und Migrationsbewegungen, die unmittelbar durch den Klimawandel oder indirekt durch ihn entstehen. Besonders deutlich zeigt sich dies in der Konsequenz von rapide zunehmenden Wetterextremen, Dürren, Überschwemmungen und Stürmen und dem Anstieg des Meeresspiegels, der die Existenz ganzer Staaten bedroht. Auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen sagte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres, voraus, dass in naher Zukunft der Klimawandel zum Hauptgrund für die Flucht von Menschen sowohl innerhalb ihres Landes als auch grenzüberschreitend werden könnte.

Bei dieser Tagung sind die völkerrechtliche Verortung von "Klimaflüchtlingen" und Beispiele über Auswirkungen des Klimawandels in Ländern und Regionen bis hin zum sogenannten Klimakrieg Themen, aus denen politische Forderungen und Vorschläge entwickelt werden sollen. Dabei sollen Handlungsempfehlungen für politische Akteurinnen und Akteure sowie für Nichtregierungsorganisationen entstehen.

Mit dieser Tagung möchten wir Kriterien für einen menschenwürdigen Umgang mit und einen wirksamen Schutz von "Klimaflüchtlingen" definieren, Handlungsnotwendigkeiten und -aufforderungen formulieren und überlegen, was die aufgezeigten Szenarien für die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik bedeuten. Uns ist dabei wichtig, Bewusstsein für die Thematik zu schaffen und die richtigen Fragestellungen zu entwickeln. Dafür laden wir Akteure und Interessierte aus den Bereichen Asyl, Menschenrechte, Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit, Politik und Ministerien ein. Mit ihnen werden wir eine gute Perspektivenvielfalt erreichen.

Hierzu laden wir Sie herzlich nach Bad Boll ein. Tagungssprachen sind Englisch und Deutsch (Simultanübersetzung im Plenum).

Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow, Bernd Mesovic, Annette Stepputat, Sophia Wirsching

2. Berichte aus den Regionen

Südwestpresse, 08.06.2010: [Asylbewerber beklagen sich über Unterkunft in Langenau](#)

Badische Zeitung, 09.06.2010: [Rheinfelden: Freundeskreis Asyl: Mahnwache will nicht aufgeben](#)

Südwestpresse, 22.06.2010: [Stuttgarter Friedenspreis für Werner Baumgarten](#)

Schwäbische Zeitung, 23.06.2010: Mengen: [Größtes Problem der Asylbewerber ist die Perspektivlosigkeit](#)

3. Aus dem Bundestag

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Bilanz der Bleiberechtsregelungen zum 31.03.2010

Die [Antwort auf die Anfrage](#) enthält eine Vielzahl interessanter Daten zu Aufenthaltserlaubnissen nach den Bleiberechtsregelungen, nach der Zahl der Geduldeten, Gestatteten, Ausreisepflichtigen.

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Auswirkungen der Residenzpflicht für Asylsuchende

Berlin: (hib/STO/HIL) Insgesamt 126.156 Ausländer sind Ende Mai in Deutschland der sogenannten "Residenzpflicht" für Asylsuchende und Geduldete unterlegen. Davon waren 38.934 Asylsuchende beziehungsweise abgelehnte Asylbewerber sowie 87.222 "vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde (Geduldete)", wie aus der Antwort der Bundesregierung ([17/2261](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/1911](#)) hervorgeht.

Darin verweist die Bundesregierung darauf, dass der Aufenthalt von asylsuchenden Ausländern seit 1982 kraft Gesetzes auf den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt ist. Für abgelehnte Asylbewerber bestehe die räumliche Beschränkung bis zur Ausreise fort. Der Aufenthalt geduldeter Ausländer werde laut Aufenthaltsgesetz räumlich auf das Gebiet des Landes beschränkt, wobei weitere Bedingungen und Auflagen angeordnet werden können. Zur jeweiligen Umsetzung dieser Beschränkungen durch die Länder hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben keinen vollständigen Überblick.

Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: [Forcierte Abschiebungen von Roma in den Kosovo](#)

Von Januar bis April wurden 213 Personen ab Söllingen bzw. Düsseldorf abgeschoben. 918 Abschiebungsaufträge wurden gleichzeitig von den Ausländerbehörden an die Koordinierungsstellen in Karlsruhe und Bielefeld gegeben, zwei Drittel davon Roma. Dazu Anmerkungen von Thomas Hohlfeld, Referent für Migration/Integration der Linken im Bundestag:

- Im gesamten Jahr 2009 gab es 541 Abschiebungen in den Kosovo, davon waren 179 Minderheitenangehörige betroffen, darunter 76 Roma (Frage 15).
- In den ersten vier Monaten des Jahres 2010 gab es hingegen bereits 213 Abschiebungen in den Kosovo, 74 betrafen Minderheitenangehörige, 53 Roma (Frage 6). Auf das Jahr hochgerechnet ist vor diesem Hintergrund mit einer Abschiebung von mehr als 150 Roma zu rechnen - eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr!
- Der absolute und relative Anteil der Roma bei Abschiebungen in den Kosovo wird künftig deutlich zunehmen - bereits jetzt beklagen sich einige Bundesländer, dass sich das von der Bundesregierung gegenüber dem Kosovo zugesagte "angemessene Verhältnis der verschiedenen Ethnien" bei Rückübernahmeersuchen nur schwer realisieren lasse, da für Nicht-Roma solche Ersuchen bereits überwiegend in der Vergangenheit gestellt worden seien. So konnte es passieren, dass von 396 Rückübernahmeersuchen der Zentralen Ausländerbehörde in Bielefeld im Januar 2010 361 Roma betrafen (Frage 9).
- Bis April/Mai 2010 wurden insgesamt 918 Rückübernahmeersuchen gestellt (Frage 4). 44 Ersuchen (5%) betrafen so genannte "Straftäter", mehrheitlich albanischer Volkszugehörigkeit. Dass zugleich bei nur 2 Personen Ausweisungsgründe vorlagen, deutet darauf hin, dass diese "Straftaten" regelmäßig keine schweren Straftaten sein dürften (sondern z.B. Verstöße gegen die "Residenzpflicht" oder andere mit dem unklaren Aufenthaltsstatus zusammenhängende Bagatelldelikte). Zwei Drittel aller Ersuchen betrafen Familienangehörige, ein Drittel Alleinstehende. Ersuchen wurden auch für drei

unbegleitete Minderjährige gestellt, sowie für neun Alte oder Pflegebedürftige. 72,5% aller Ersuchen betrafen Minderheitenangehörige: 556 Roma und 110 andere Minderheitenangehörige. 120 Ersuchen wurden trotz langjährigem Aufenthalt gestellt (seit 1.1.1998). Die Zahl der Sozialhilfeempfangenden wird mit 210 angegeben - die Angaben zu NRW (0%) bzw. Niedersachsen (mehr als 100%) deuten jedoch darauf hin, dass diese Angaben vermutlich fehlerhaft sind.

- über 650.000 Euro wurden seit 2009 für Abschiebe-Charterflüge in den Kosovo aufgewandt - seit September 2009 macht insbesondere "Bulgaria Air" "gute Geschäfte" mit der Abschiebung und kassiert etwa 1.300 Euro pro tatsächlich abgeschobener Person (knapp 700 Euro, wenn auf die geplante Zahl abgestellt wird, Frage 7)
- Obwohl die Bundesregierung von einem "Vorrang der freiwilligen Rückkehr" spricht, überwiegt die Zahl der Abschiebungen die der "freiwilligen" Rückkehr seit Jahren bei Weitem (Frage 15).
- Öffentliche Proteste und Forderungen der Zivilgesellschaft, aber auch von internationalen Organisationen lassen die Bundesregierung kalt (Fragen 11 und 12).
- Die Bundesregierung bestreitet sogar rundweg, dass Roma im Kosovo überhaupt diskriminiert werden (Fragen 20 und 21).

Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zu Abschiebungen von Minderheitsangehörigen ins Kosovo

Abschiebungen von Minderheitenangehörigen in das Kosovo stoßen bei Experten auf gegensätzliche Einschätzungen. Dies zeigte sich am Montag, 28. Juni 2010, in einer öffentlichen Sachverständigenanhörung des Innenausschusses unter Vorsitz von Wolfgang Bosbach (CDU/CSU) zu zwei entsprechenden Anträgen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Während einige Experten die deutsche Abschiebep Praxis verteidigten, stieß sie bei anderen Sachverständigen auf teilweise scharfe Kritik. Die Fraktion Die Linke verlangt in ihrem Antrag ein Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo und fordert die Bundesregierung auf, sich bei den Ländern für eine sofortige Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Kosovo einzusetzen und das "deutsch-kosovoalbanische Rückübernahmeabkommen" aufzukündigen.

"Bleiberecht aus humanitären Gründen"

Auch soll sie nach dem Willen der Abgeordneten ihr Einverständnis gegenüber den Ländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen für Roma sowie andere Minderheitenangehörige und besonders schutzbedürftige Personen aus dem Kosovo erklären und sich für eine entsprechende dauerhafte Bleiberechtsregelung einsetzen.

Wie die Linksfraktion fordern auch Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, sich gegenüber den Bundesländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo einzusetzen. Auch solle sie das deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo aussetzen.

Bisher 263 Abschiebungen in das Kosovo in diesem Jahr

Torsten Böhling von der Zentralen Ausländerbehörde Bielefeld wandte sich gegen Vermutungen, die Zahl der Abschiebungen in das Kosovo gingen "extrem in die Höhe". Dies sei nicht der Fall. Im Jahr 2008 seien 597 Personen in das Kosovo abgeschoben worden, im vergangenen Jahr 541 Personen und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 263 Personen. Dies zeige, dass die Zahl der Rückführungen auf ungefähr gleichem Niveau bleibe.

Die Zahl der seit Mitte 2009 möglichen Rückführungen ethnischer Roma habe 2008 bei 76 gelegen und in der Zeit von Januar bis Mai 2010 bei insgesamt 66. Man sei also weit davon entfernt, dass es "Massenabschiebungen" in das Kosovo gebe. Auch zeichne sich nicht ab, dass sich diese Zahlen "ganz gravierend nach oben verändern".

"Viele Roma wirtschaftlich nicht integriert"

Hans-Hermann Gutzmer vom niedersächsischen Innenministerium sagte, viele Roma aus dem Kosovo hätten sich während eines langjährigen Aufenthalts in Deutschland wirtschaftlich nicht integriert. Dass

bundesweit etwa 11.000 Menschen ausreisepflichtig seien, zeige, dass es "hier in besonderem Maße Integrationsschwierigkeiten" gebe. In vielen Fällen fehle es an der notwendigen Bereitschaft, sich intensiv um eine Erwerbstätigkeit zu bemühen.

Hartmut Sprung vom Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwies darauf, dass auch die Schweiz und Österreich das Kosovo als sicheres Land bezeichneten. Dieser Einschätzung habe sich auch Großbritannien angeschlossen, und Frankreich denke gleichfalls darüber nach.

"Abschiebungen beenden"

Der ehemalige Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina und einstige Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling forderte dagegen eine sofortige Beendigung der Abschiebungen. Die in das Kosovo abgeschobenen Kinder, die teilweise in Deutschland geboren worden seien, könnten weder die kosovarische noch die serbische Sprache und kämen nicht in ihre Heimat zurück, sondern in ein für sie fremdes Land.

Johannes Wedenig von UNICEF Kosovo verwies darauf, dass einer Studie zufolge von vier rückgeführten Kindern nur eines noch zur Schule gehe. Für 74 Prozent bedeute die Rückführung den Abbruch ihrer in Deutschland begonnenen schulischen Laufbahn. Zu den Gründen zählten neben Armut auch Sprachbarrieren.

"Roma unterliegen deutlicher Diskriminierung"

Für die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl betonte ihr Vertreter Dr. Stephan Dünwald, er halte es nicht für verantwortlich, dass alte, kranke und bedürftige Menschen in das Kosovo zurückgeschickt würden sowie Roma, "die zusätzlich einer ganz deutlichen Diskriminierung unterliegen".

Sebastian Ludwig vom Diakonie Bundesverband warb dafür, den Roma, Ashkali und Ägyptern eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu gewähren. Im Kosovo sei ihnen die "effektive Inanspruchnahme von Menschenrechten" politischer oder wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art in vielerlei Hinsicht nicht möglich. Eine Gefahr für Leib und Leben sah Ludwig aufgrund "erheblich eingeschränkter oder nicht vorhandener Möglichkeiten der Existenzsicherung oder der Gesundheitsversorgung".

(Quelle: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30304212_kw25_pa_inneres/index.html)

Antrag der Grünen: Besserstellung von Flüchtlingen unter 18 Jahren

Inneres/Antrag

Berlin: (hib/STO/AW) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dringt auf eine gesetzliche Besserstellung von Flüchtlingen unter 18 Jahren. Nachdem die Bundesregierung Anfang Mai dieses Jahres beschlossen habe, den deutschen Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen, müssten nun die bundesrechtlichen Konsequenzen durch Anpassungen insbesondere im Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz gezogen werden, begründet die Fraktion in einem Antrag ([17/2138](#)) ihren Vorstoß. So soll nach dem Willen der Grünen festgeschrieben werden, dass "Verfahrenshandlungen" nach dem Aufenthalts- und den Asylverfahrensgesetz nur Ausländer vornehmen können, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Auch soll das Asylbewerberleistungs- und das Aufenthaltsgesetz so geändert werden, dass "das in der UN-Kinderrechtskonvention enthaltene Recht auf Schulbildung sowie der unbeschränkte Zugang zu ärztlicher Hilfe und Gesundheitsfürsorge sowie auf uneingeschränkte Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Kinder gilt".

Ferner soll dem Antrag zufolge klargestellt werden, dass unbegleitete Minderjährige an der deutschen Grenze künftig nicht mehr zurückgewiesen beziehungsweise aus Deutschland zurückgeschoben werden. Zudem sollen sie nach dem Willen der Fraktion nicht mehr dem sogenannten Flughafenverfahren unterworfen, sondern bundesweit einzurichtenden "Clearing-Stellen" übergeben werden, "um dort Fragen des Sorgerechts zu klären sowie Maßnahmen zum Kindeswohl zu veranlassen".

Wie es in dem Antrag weiter heißt, soll unbegleiteten Minderjährigen ermöglicht werden, gegebenenfalls zu in Deutschland lebenden Verwandten zu ziehen. Spätestens nach zwei Jahren soll ihnen dem Antrag zufolge eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Daneben fordert die Fraktion, dass minderjährige Asylsuchende

nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden; auch sollen nach ihrem Willen Minderjährige nicht mehr in Abschiebungshaft genommen werden. Schließlich wollen die Abgeordneten unter anderem gesetzlich festschreiben, dass weder unbegleitete Minderjährige noch Kinder ohne ihre Eltern oder Eltern ohne ihre Kinder aus Deutschland abgeschoben werden dürfen

4. Quälendes Warten - wie Abschiebungshaft Menschen krank macht

["Quälendes Warten - wie Abschiebungshaft Menschen krank macht"](#), so ist eine Studie des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes überschrieben, deren Ergebnisse für Deutschland am 1. Juli vorgestellt wurden. Abschiebungshaft fügt Menschen unnötiges Leid zu und beeinträchtigt ihre körperliche und seelische Gesundheit, so das zentrale Ergebnis. Die Studie zeichnet ein umfassendes Bild der Lage von Abschiebungshäftlingen in 22 europäischen Staaten und lässt erstmals die Betroffenen selbst ausführlich zu Wort kommen. Es zeigt sich, dass die Häftlinge in erheblichem Maß unter der Unsicherheit über die eigene Zukunft, einem Mangel an Informationen und der Isolation von Familie und Freunden leiden. Sie fühlen sich als Kriminelle behandelt, obwohl ihnen in der Regel nicht mehr als der Verstoß gegen Einreisebestimmungen vorgeworfen wird. Angesichts der Ergebnisse der Untersuchung tritt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst dafür ein, stärker als bisher Alternativen zur Verhängung von Abschiebungshaft zu berücksichtigen, die Betroffenen konsequent getrennt von Strafgefangenen unterzubringen, die Dauer der Haft auf maximal drei Monate zu begrenzen und kostenlose Rechtsberatung zu ermöglichen.

[Themenseite zu Abschiebehaft in der Süddeutschen Zeitung am 1. Juli.](#)

5. BAMF-Bescheid: Abschiebungsverbot (§60 Abs. 7 AufenthG) für alleinerz. Mutter (Ashkali) aus dem Kosovo

Angehörige der Minderheiten der Roma und Ashkali sind vom regulären Arbeitsmarkt im Kosovo praktisch ausgeschlossen, die Unterstützung von NGOs ist sehr begrenzt und die Antragstellerin wäre als alleinerziehende Mutter (Ashkali) bei einer Rückkehr in den Kosovo in besonderer Weise von Diskriminierung betroffen.

Die Antragsteller hatten nach unanfechtbarer Ablehnung ihrer Asylanträge einen Antrag auf Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60,2-7 AufenthG gestellt und diesen mit dem fehlenden Rückhalt der inzwischen allein erziehenden Mutter im Kosovo begründet, deren Lebensunterhalt im Falle einer Rückkehr nicht gesichert wäre. Das BAMF führt in seinem [Bescheid](#) aus, dass nicht davon ausgegangen werden könne, dass die Antragsteller im Falle einer Rückkehr von im Kosovo lebenden Angehörigen in ausreichendem Maße unterstützt würden. Aufgrund des Fehlens einer solchen wirtschaftlichen Existenzgrundlage würden die Voraussetzungen des § 60, 7 Satz 1 AufenthG vorliegen.

6. Bundesverwaltungsgericht: Afghanistan: Abschiebungsschutz bei nichtgesichertem Lebensunterhalt?

Das Bundesverwaltungsgericht hatte in der vergangenen Woche die Frage zu klären, ob alleinstehenden Männern Schutz vor der Abschiebung nach Afghanistan zu gewähren sei, wenn sie geltend machen, dort ihren Lebensunterhalt nicht selbst oder mit Hilfe von Dritten sichern zu können.

Das Gericht hat nun zwei stattgebende Entscheidungen des OVG Rheinland-Pfalz aufgehoben und zurückverwiesen. Es sei nicht hinreichend aufgeklärt, ob die Kläger tatsächlich einer sog. "Extremgefahr" ausgesetzt seien. Insbesondere sei nicht hinreichend erforscht, ob sie nicht doch Hilfe ihrer Familie bzw. ihres "Stammes" oder im Rahmen der internationalen humanitären Hilfe beanspruchen könnten.

In der entsprechenden Pressemitteilung des Gerichtes heißt es:

"Der 10. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts aufgehoben und dies im Wesentlichen wie folgt begründet: Das Oberverwaltungsgericht hat zwar zutreffend angenommen, dass es sich hier um allgemeine Gefahren handelt, bei denen Abschiebungsschutz grundsätzlich nur im Wege einer generellen politischen Leitentscheidung (z.B. durch einen Abschiebestopp-

Erläss) gewährt werden kann. Fehlt es - wie hier - an einer solchen Anordnung, kann Abschiebungsschutz im Einzelfall nur bei einer extremen Gefahrenlage zugesprochen werden. Das Oberverwaltungsgericht hat aber die rechtlichen Maßstäbe, die von der Rechtsprechung für die Annahme einer extremen Gefahrenlage entwickelt worden sind, verfehlt und sich insoweit seine Überzeugung fehlerhaft gebildet.

Dies gilt vor allem für die erforderliche hohe Wahrscheinlichkeit und den baldigen Eintritt der Gefahr. Das Oberverwaltungsgericht hat sich ferner auf eine unzureichende Tatsachengrundlage gestützt. So hat es nicht geklärt, ob die Kläger nicht doch mit der Unterstützung ihrer Familie oder ihres Stammes rechnen können. Außerdem hat es die Frage der internationalen humanitären Hilfe, die in der Rechtsprechung anderer Oberverwaltungsgerichte zur Ablehnung von Abschiebungsschutz geführt hat, nur am Rande behandelt.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Entscheidungen auch deshalb aufgehoben, weil das Oberverwaltungsgericht den Vorrang der - während des Berufungsverfahrens in Kraft getretenen - Abschiebungsverbote nach der Qualifikationsrichtlinie nicht erkannt und deshalb nicht zunächst das Bestehen eines weitergehenden unionsrechtlichen Abschiebungsverbots untersucht hat. Die Verfahren sind deshalb zur erneuten Prüfung an das Oberverwaltungsgericht zurückverwiesen worden."

BVerwG 10 C 9.09 und 10.09 - Urteile vom 29. Juni 2010

(Quelle: [Pressemitteilung Bundesverwaltungsgericht, 29.06.2010](#))

7. Kosovo

Text des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über die Übernahme und Durchbeförderung von Personen (Rückabnahmeabkommen)

Der [Text des Abkommens](#) ist veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil II Nr. 9, ausgegeben zu Bonn am 29. April 2010.

Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 1 in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben werden.

Aktueller Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage: Kosovo, Stand Mai 2010

Bitte beachten Sie: Diese Berichte dürfen von uns nur an AusländerInnen, die im Rahmen eines asylrechtlichen Verfahrens um Abschiebungsschutz nachsuchen bzw. deren RechtsanwältInnen/BeraterInnen weitergegeben werden, wenn im Verfahren Umstände geltend gemacht werden, zu denen im Bericht Aussagen enthalten sind. Falls Sie als Flüchtling oder BeraterIn eine Kopie des Berichts benötigen, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Bericht über eine Recherche zur Situation der Minderheiten im Kosovo von Sebastian Ludwig, Diak. Werk der EKD

Zur Situation der Roma, Aschkali und "Ägypter" im Kosovo, u. a. Umsetzung der Strategien der kosovarischen Regierung für Rückkehrer; fehlende Registrierung; Wohnraum; medizinische Versorgung; Unterstützung durch Rückkehrprojekte. [Zum Bericht](#).

8. Studie zur Lage der staatenlosen Kurden in Syrien

In Syrien leben 154.000 registrierte staatenlose Kurden, berichtet KurdWatch in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Die Gruppe der registrierten Staatenlosen (adschanib) lebt seit 1962 ohne die syrische Staatsangehörigkeit und damit ohne grundlegende Bürgerrechte. 1962 hatte die syrische Regierung eine außerordentliche Volkszählung für die vorwiegend von Kurden bewohnte Provinz al-Hasaka beschlossen und 120.000 Kurden die Staatsangehörigkeit entzogen.

"Es ist zum ersten Mal überhaupt gelungen, verlässliche Daten zu recherchieren, die unabhängig von den offiziellen Verlautbarungen der syrischen Regierung sind", so Siamend Hajo, Projektleiter des von Berlin aus betriebenen Internetportals KurdWatch.org. "Unsere Zahlen stammen aus dem Jahr 2008. Die syrische Regierung weigert sich bis heute, sie zu veröffentlichen." Wie viele unregistrierte Staatenlosen (maktumin) es zusätzlich gibt, ist unbekannt. KurdWatch geht von 160.000 betroffenen Kurden aus. "Wir gehen davon

aus, dass in Syrien insgesamt mehr als 300.000 staatenlose Kurden leben", so Hajo weiter.

Die 29-seitige Studie "[Staatenlose Kurden in Syrien - Illegale Eindringlinge oder Opfer nationalistischer Politik?](#)" skizziert Diskriminierungen, denen registrierte wie unregistrierte staatenlose Kurden derzeit ausgesetzt sind. So müssen staatenlose Kurden nicht nur für simple administrative Vorgänge wie die Registrierung von Ehen Sondergenehmigungen der Sicherheitsbehörden einholen. Ihnen ist auch die Übernachtung in einem Hotel ohne vorherige Erlaubnis nicht gestattet.. Vor allem aber sind die Staatenlosen erheblichen Einschränkungen hinsichtlich ihrer politischen Rechte, ihrer Besitzrechte sowie des Rechts auf Bildung und freie Berufswahl ausgesetzt.

Darüber hinaus analysiert der Bericht unter Bezugnahme auf das Dekret von 1962, mit dem die Volkszählung angeordnet wurde, die Durchführung derselben und benennt die Interessenkoalitionen, die für die Verabschiedung des Dekrets verantwortlich waren. "Auch hier betreten wir mit unserer Studie Neuland", so Siamend Hajo. "Wir veröffentlichen in komprimierter Form Hintergrundinformationen, die bislang ausschließlich verstreut und in arabischer Sprache vorlagen."

Die Politik gegenüber den staatenlosen Kurden hat sich auch unter Baschar al Assad nicht geändert. Der syrische Präsident, der vor fast zehn Jahren als Reformers angetreten ist, hat mehrmals eine Lösung des Staatenlosenproblems angekündigt. Geschehen ist bisher jedoch nichts.

KurdWatch.org ist ein unabhängiges Internetportal, das über Menschenrechtsverletzungen gegenüber der kurdischen Bevölkerung in Syrien berichtet.

9. Pro Asyl Newsletter 159 Juni 2010

Inhalt:

[Allgemeine Meldungen BRD](#)

[IMK in Hamburg](#)

[PRO ASYL: flüchtlingsspezifische Anliegen zur IMK](#)

[Aktionen zur IMK](#)

[Bundesregierung zu Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention befragt](#)

[Keine Gesetzesänderungen nach Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention beabsichtigt](#)

[Debatte im Bundestag über Bleiberecht](#)

[Bilanz der Bleiberechtsregelung](#)

[Bundesregierung sperrt sich gegen Aufnahme von Folteropfern aus Iran](#)

[Zahl der Hinrichtungen im Iran gestiegen](#)

[Bericht über Reise in den Kosovo fern der Realität](#)

[Schattenbericht Abschiebungshaft](#)

[Rechtsprechung zu Abschiebungshaft](#)

[Der freie Wille macht schuldig - Kritik am Bundesverwaltungsgericht](#)

[Flucht in die Psychiatrie](#)

[Selbstbindung des Bundesamtes in Dublin-Fällen](#)

[Hamburger Senat beantwortet Anfrage zur Residenzpflicht](#)

[Kompromiss zur bayerischen Lagerpflicht für Flüchtlinge](#)

[Internationale Meldungen und Meldungen zu Herkunftsländern](#)

[UNHCR ruft zum Schutz von somalischen Flüchtlingen auf](#)

[Mordanschläge auf Angehörige der Mandäerminderheit im Irak](#)

[Meldungen zur Flüchtlingspolitik der EU und einzelner EU-Länder](#)

[EU-Aktionsplan für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge](#)

[Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Griechenland](#)

[EU verteilt Gelder bei Resettlement](#)

[Rückübernahmeabkommen zwischen Türkei und Griechenland](#)

[5. Geburtstag von FRONTEX](#)

[Bilaterales Abkommen zwischen Spanien und Senegal](#)

[Wien: Drehkreuz für Abschiebungen aus der EU](#)
[Isländer beteiligen sich an FRONTEX-Hochsee-Patrouillen](#)
[Eurostat veröffentlicht Asylstatistiken für 2009](#)
[Gespräche zwischen EU und Libyen](#)

FRANKREICH:

[UN-Komitee gegen Folter besorgt über Schicksal von Asylbewerbern](#)

GRIECHENLAND :

[Aufnahmesystem für rücküberstellte Asylsuchende fehlt](#)
[Welle rassistischer Angriffe in Athen](#)
[Angriffe gegen Migranten auf Kreta](#)
[Flüchtlingsrat engagiert sich für Flüchtlinge im Hafen von Ingoumenitsa](#)
[Griechenland bittet Norwegen, keine Asylsuchenden mehr rückzuüberstellen](#)

ÖSTERREICH:

[Eine Allianz der Hardliner](#)

NEWSLETTER ITALIEN Mai 2010 - zusammengestellt von Judith Gleitze, Palermo :

[Welcome. "Es gibt kein Zurück!"](#)
[CPT Bericht Italien: Zurückweisungen nach Libyen illegal](#)
[Zurückweisungen auf See](#)
[Libyen - die neue Mauer](#)
[Patrouillenboote für Ägypten](#)
[Staatlicher Rassismus und Übergriffe](#)
[Geschichten aus der Abschiebungshaft](#)
[Berlusconi: Punkte-System für Migranten](#)

10. Ausstellung "Schau mich an"

Die Ausstellung mit 25 lebensgroßen Portrait-Aufnahmen von Schutzsuchenden in Deutschland kann ab sofort wieder von Interessierten/Initiativen ausgeliehen werden.

In den Jahren 2002 bis 2005 entstanden im Rahmen des Projekts EQUAL in Heidelberg 25 lebensgroße Portrait-Aufnahmen von Schutzsuchenden in Deutschland, jeweils mit einer handschriftlichen Kurzdarstellung des Fluchtgrundes und der Zukunftspläne der Betroffenen.

Die Idee dazu hatte Kritzian Fonyodi, der im Rahmen des Projektes Deutsch als Fremdsprache für Asylsuchende unterrichtete. Durch die Arbeit als Dozent lernte der Fotograf die Sprachschüler und deren Probleme in ihrer neuen Umgebung kennen und verstehen: die Enge und Isolation in der Gemeinschaftsunterkunft, die ständige Unsicherheit über den Verfahrensfortgang und die Angst ausgewiesen zu werden, das Problem des Arbeitsverbots, das jegliche Zukunftsplanung unmöglich macht, das bedrückende Gefühl, hier nicht erwünscht zu sein.

Die Portraits und die kurzen Statements der Betroffenen bilden jeweils eine Einheit. Sie fordern heraus, genau hinzusehen, Bild und Text aufzunehmen.

Verleih der Ausstellung

Die Ausstellung wird vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unentgeltlich entliehen. Für die Ausstellung stellen wir Ihnen einen [Infolyer](#) zur Verfügung, bei dem die Innenseite für Ihre individuellen Veranstaltungsdaten genutzt werden kann. Je nach Gestaltung ist die Innenseite dann gleichzeitig auch als Aushang verwendbar.

Die Portraits mit den dazugehörigen Statements der Betroffenen sind verglast und in Wechselrahmen montiert. Die Außenabmessungen der Rahmen betragen 54x73 cm. Der Transport sollte zweckmäßiger Weise in einem Fahrzeug mit entsprechendem Laderaum erfolgen, da sonst die Bruchgefahr der

Glasscheiben zu groß ist. Nach Möglichkeit sollten beim Transport immer zwei Rahmen nebeneinander gelegt werden können, damit das Gewicht der übereinander liegenden Bilder nicht zu groß wird.

Anfragen zu Terminplanung und Transport an:

Udo Dreutler
Dietrich- Bonhoeffer-Str. 25
76275 Ettlingen
Tel.: 07243 128 66
Fax: 07243 4930

11. Termine

Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedensgemeindehaus:

20.11.2010 (**Achtung: Terminänderung!!**)

Veranstaltungen in der Ev. Akademie Bad Boll

24.-26.09.2010: Flucht und Migration durch Klimawandel - eine globale Herausforderung (siehe Punkt 1)

01.-3.10.2010: Sri Lanka: neueste Entwicklungen: Wie steht es um Rechtstaatlichkeit und Demokratie?

[Weitere Infos und Anmeldung.](#)

19.-21.11.2010: Bildung eröffnet Chancen - auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte?

[Weitere Infos und Anmeldung.](#)

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg

15.07.2010, 20 Uhr, Tübingen, Asylzentrum, Neckarhalde 32: Dr. Elisabeth Fries, Refugio Stuttgart: Möglichkeiten und Grenzen im Umgang mit traumatisierten Menschen. Etwa jeder dritte Flüchtlinge, der in das Gebiet der EU einreist, ist traumatisiert und durch Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge, durch Verfolgung, Folter oder Flucht, und viele leiden an den körperlichen und psychischen Folgen. Darüber zu sprechen fällt ihnen jedoch schwer, viele ziehen sich aus ihrer Umgebung zurück. Familienangehörige sind oft hilflos oder sogar selbst betroffen. Auch die Helfer sind häufig unsicher im Kontakt mit traumatisierten Menschen. Sie wollen dem/der Betroffenen auf keinen Fall schaden, aber ihm oder ihr doch die notwendige Begleitung geben. Welche Möglichkeiten haben sie, und welche Grenzen sollten respektiert werden?

16.07.2010, Oberndorf, 17.07. Schramberg, 02.08. Schwenningen, 3.08. und 9.10. Rottweil: "Afrika im Puls": Chorkonzerte des Rottweiler Chores "Via Voce": **Afrika im Puls** heißt das neue Abenteuer, zu dem **der Rottweiler Chor Via Voce** unter der Leitung von Uli Groß aufbricht. Warme Chorklänge, erdige Rhythmen, kraftvolle Botschaften. Musik, die uns uns hineinführt in eine nahezu unbekanntem Welt. In Zusammenarbeit mit Afrikanern entstand ein Programm, das sowohl die Spannung als auch den Charme dieser "schwäbisch-nigerianischen" Begegnung spüren lässt. Und jeder im Chor hat bei der Entstehung dieser Musik begriffen, dass in Afrika Musik und Bewegung gebraucht wird wie die Luft zum Atmen, dass Glaube und Lebensfreude so selbstverständlich sind wie der Herzschlag. Ein Impuls, der überspringt.

[Weitere Infos.](#)

30.08.2010: Aktionstag gegen Abschiebungen
20.09.2010: Weltkindertag
26.09.2010-02.10.2010: [Interkulturelle Woche](#)
01.10.2010: Tag des Flüchtlings
10.10.2010: Internationaler Tag gegen die Todesstrafe
25.11.2010: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"
10.12.2010: Tag der Menschenrechte

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930